

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 10. Januar 1879.

Nr. 16.

Deutschland.

Berlin, 9. Januar. Dem Bundesrath ist der Entwurf eines Gesetzes für Straf-Vorbringen, betreffend die Ausführung der Civil-, Konkurs- und Strafsprossordnung zugegangen. In der Begründung wird hervorgehoben, daß nach Einführung der Ordnungen der Landesgesetzgebung nur vereinzelte prozessuale Bestimmungen überlassen seien, daß es dagegen die Hauptaufgabe der Landesgesetzgebung bleibe, im Interesse eines einheitlichen Rechtszustandes auf den durch die Prozessordnungen nicht betroffenen Gebieten des materiellen Rechts, sowie der zu der ordentlichen gerichtlichen Gerichtsbarkeit nicht gehörenden gerichtlichen Angelegenheiten, die erforderliche Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Reichsjustizgesetzgebung herbeizuführen und überdies für die Uebergangszeit hinsichtlich der vor dem Inkrafttreten der letzteren bereits anhängigen Sachen maßgebende Bestimmungen zu treffen. Bei der Gestaltung der einzelnen Vorschriften des Entwurfs ist ein Zusammengehen mit dem bekannt gewordenen Entwurf der Ausführungsgesetze für die übrigen Gebiete des französischen Rechts soweit möglich angestrebt worden. In Uebereinstimmung mit den letzteren geht der Entwurf insbesondere von der Auffassung aus, daß die Entscheidung über das nähere Verhältnis des *coda civil*, wie des übrigen Landesrechts, zu den Justizgesetzen prinzipiell der Rechtsprechung zu überlassen sei, und hat es demgemäß, abgesehen von einigen Ausnahmefällen, vermieden, darüber, welche Vorschriften des Landesrechts durch die Reichsjustizgesetze aufgegeben sind oder neben diesen noch fortbestehen, ausdrückliche Bestimmungen zu treffen. Auf einigen besonderen Gebieten wird der Entwurf noch durch Spezialgesetze seine Ergänzung finden müssen, so bezüglich der für das Strafverfahren wegen Uebertretung der Vorstrafen, sowie für das Verwaltungsverfahren wegen Uebertretung der Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Fälle erforderlichen Bestimmungen. Auch hinsichtlich der Zwangsvollstreckung in Liegenschaften und des Verfahrens vor den reichsgerichtlich zugelassenen besonderen Gerichten, insbesondere den Verwaltungsgerichten, soweit dasselbe einer anderweitigen Regelung bedarf, bleibt der Spezialgesetzgebung vorbehalten.

Die „Post. Ztg.“ behauptet heute, in parlamentarischen Kreisen verlautete, die Mittel zur Remuneration der Herren Rögel und Baur für ihre Thätigkeit im Oberkirchenrat würden aus dem Dispositionsfonds des Kultusministeriums entnommen werden. Diese Annahme erledigt sich damit, daß der Fonds des Kultusministeriums lediglich für die Zwecke desselben bestimmt ist und grundsätzlich nicht für Zwecke des Oberkirchenraths, der seine eigenen Fonds hat, verwendet werden soll. Der Dispositionsfonds des Kultusministeriums ist überdies nicht etwa, wie die „Post. Ztg.“ anzunehmen scheint, ein geheimes Fonds, sondern ein solcher, dessen Rechnungen in Bezug auf seine bestimmungsmäßige Verwendung durch die Abrechnungskammer geprüft und dem Landtage zur Genehmigung vorgelegt werden.

In Bezug auf den Stand der Kinderpest in den versuchten Orten ist zu berichten, daß dieselbe noch grassirt im Regierungsbezirk Oumbinnen in der Stadt Stallupönen, im Regierungsbezirk Frankfurt in den Kreisen Lebus, Königsberg, Ost- und Weststernberg, im Regierungsbezirk Potsdam im Kreise Oberbarnim, im Regierungsbezirk Merseburg an einem Orte des Kreises Schweinitz. Mit Ausnahme von Stallupönen hat sich konstatiren lassen, daß die Seuche nach allen Orten durch auf dem Küstener Markt gekauften Vieh getragen ist. Ein großer Theil der Drischafien ist bereits für seuchenfrei erklärt, für andere Orte wird diese Erklärung in den nächsten Tagen erfolgen können.

Der Minister des Innern hat die Behörden auf die in St. Gallen erschienene Schrift: Ueber die schweizerischen Armen-Erziehungs-Anstalten, Waisenhäuser und Rettungsanstalten u. s. w. aufmerksam gemacht. Die Schweiz habe unter dem Einfluß Pestalozzi's, Fellenbergs u. A. auf dem Gebiete der Erziehung von armen und verwahrlosten Kindern Hervorragendes geleistet und die dortigen Waisenhäuser und Rettungsanstalten können in vielen Beziehungen als Muster gelten. Das erwähnte Buch giebt eine umfassende Uebersicht der betreffenden schweizerischen Institute und ihrer pädagogischen und ökonomischen Verwaltung.

Berlin, 9. Januar. Schon seit längerer Zeit hat es nicht an Gerüchten gefehlt, daß der Reichs-

langler mit der Absicht umgehe, eine Verfolgbarkeit der Mitglieder des deutschen Reichstages wegen ungebührlicher Aeußerungen im Reichstage herbeizuführen. Zur Verwirklichung dieser Absicht ist jetzt ein Schritt geschehen. Dem Bundesrath ist der „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder“, mit Motiven zugegangen.

In der Begründung dieses Entwurfs wird hervorgehoben, daß Artikel 30 der Reichsverfassung mit den betreffenden Bestimmungen der Geschäftsordnung vielleicht ausreichen möchte, um die Ordnung im Hause nothdürftig aufrecht zu erhalten, aber nicht, um den gefährlichen Wirkungen von Ausschreitungen der Rede außerhalb des Versammlungssaales vorzubeugen. Die Offenheit der Verhandlungen, die verfassungsmäßige Freiheit der Rede gestalte eine unbeschränkte Verbreitung. Ein solcher Rechtszustand sei beirrend für das Rechtsbewußtsein des Volkes — ein Uebelstand, der besonders hervorgetreten, seit einzelne Abgeordnete die Freiheit benutzt hätten, um ihre Staat und Gesellschaft erschütternden Theorien zu verbreiten. Die Gesetzgebung dürfe sich nicht länger der Aufgabe entziehen, eine Ergänzung des bestehenden Rechtes in dieser Richtung herbeizuführen. Wenn die Gesetzgebung dabei an den Grundsätzen des Art. 30 festhalten wolle, so müsse sie dem Reichstage selbst die Strafgewalt über die Mitglieder einräumen. — Die Anlagen zu diesem Gesetzentwurf bestehen 1) in den Bestimmungen deutscher Verfassungsurkunden und Geschäftsordnungen; 2) in den parlamentarischen Gebräuchen Englands; 3) in denen der Vereinigten Staaten von Amerika; 4) in denen Frankreichs; 5) in den Aeußerungen der bedeutenden Staatsrechtslehrer; 6) in den Bestimmungen der Verfassungen von Frankfurt und Erfurt; 7) in dem Falle Blimsoll von 1875; 8) in den Verhandlungen über die Ermordung des Carl v. Leitim von 1878.

Die Vorlage liefert einen neuen Beweis für die schon oft gemachte Bemerkung, daß Fürst Bismarck nicht leicht sich entschleie, einen einmal von ihm entwickelten Plan aufzugeben. Auf den Satz, daß es seinem Rechtsgefühl widerspreche, die vollständige Indemnität der Abgeordneten wegen ihrer in der Volksvertretung gethanen Aeußerungen zuzugestehen, ist er wiederholt und mit Vorliebe zurückgekommen. Aus seiner Initiative gingen die während der Konfliktzeit gemachten Vorläufe hervor, die Frage auf dem Wege der Rechtsprechung zum Austrage zu bringen, und als er nach hergestellter Verbindung mit der liberalen Partei nachgab, machte er kein Hehl daraus, daß dies nur um des lieben Friedens willen geschehe, seine Rechtsauffassung aber eine unerschütterte sei.

Die „Nat.-Ztg.“ bemerkt dazu: Eine thatsächliche Unterlage können wir für die Nothwendigkeit des Entwurfs für den Augenblick nicht erkennen, namentlich nicht, wenn man denselben mit den Ausschreitungen der Sozialdemokratie in Zusammenhang bringt, sollte man selbst von dem Gesichtspunkt Abstand nehmen wollen, daß eine große Körperschaft wie der Reichstag seine inneren Disziplinarverhältnisse aus einem berechtigten Selbstgefühl am liebsten aus eigener Initiative regelt. Es ist richtig, daß die Unverantwortlichkeit der Reichstags-Abgeordneten in Verbindung mit der Freiheit der Verbreitung der stenographischen Berichte die Möglichkeit gewährt, grade solche Ausschreitungen ungehemmt zu verbreiten, denen das Gesetz über die Ausschreitungen der Sozialdemokratie entgegentritt.

Aber es steht vor der Hand noch nicht fest, ob die sozialdemokratischen Abgeordneten von dieser Möglichkeit noch Gebrauch machen werden; es steht ebensowenig fest, ob es unter dem Einflusse, den das sogenannte Sozialistengesetz hat und noch in Zukunft haben wird, möglich sein wird, auch ferner sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag zu wählen.

Formell richtet sich der Entwurf allerdings nicht nur gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten, der Weg, der vor sechs Monaten als der allein zweckmäßige empfohlen wurde, Ausnahmefälle gegen die Sozialdemokratie zu erlassen, ist verlassen. Man verschärft das gemeine Recht, die Geschäftsordnung gegen alle Reichstagsabgeordneten, wenigstens gegen alle Minoritäten. Allerdings sind in der letzten Reichstagsession auch von anderer als von sozialdemokratischer Seite Aeußerungen gefallen, die all-

gemein als ungebührlich und bedauernwerth bezeichnet wurden, und die, wenn sie auch vorübergegangen sind, ohne Schaden zu stiften, einen Stachel hinterlassen haben. Richtig ist es auch, daß an Disziplinarmitteln unsere Geschäftsordnung ärmer ist als die französische und englische. Die Disziplinfähigkeit dieses Zustandes müssen wir zugeben. Wenn nun aber dazu übergehen kann, die Strafkammer zum höchsten Richter darüber zu machen, was in der höchsten Vertretung des Volkes — so schlechtthin Alles gesagt werden muß, was zum Heile des Volkes zu sagen ist — ungestraft gesagt werden darf, ist eine im höchsten Grade befremdliche Erscheinung. Der Gesetzentwurf würde insofern unmittelbar an den Artikel 30 der Reichsverfassung rühren, nach welchem kein Mitglied des Reichstages wegen in Ausübung seines Berufes gethaner Aeußerungen außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden kann.

Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, ist bekanntlich jüngst in längerer Audienz vom Kaiser und Kronprinzen empfangen worden. Wie verlautet, hat der Minister in der Audienz einen Bericht über die Wirkungen des Sozialistengesetzes erstattet und dabei die Mittheilung gemacht, daß die Agitation der Sozialdemokratie in Folge des Erlasses vom 21. Oktober v. J. fast ganz erstickt worden sei.

Wie f. Z. mitgetheilt wurde, ist von Sr. Majestät dem Kaiser am 3. d. M. eine Deputation der Kriegervereine Berlins und der Umgegend unter Führung des Vorsitzenden des Vereins ehemaliger schleswig-holsteinischer Kampfgenossen und Präsidenten der Allgemeinen deutschen Krieger-Kameradschaft, Stadtverordneten Dietrich in besonderer Audienz empfangen worden. Einem und darüber zugehenden Bericht entnehmen wir Folgendes:

Nachdem die Deputirten in der Wappenhalle des Palais Auffstellung genommen hatte, erschien um 11 Uhr der Kaiser in Begleitung seines Flügel-Adjutanten, Generals Grafen von Armin, worauf Herr Dietrich folgende Ansprache hielt:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König! Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Eure Kaiserliche und Königl. Majestät geruhen, den Mitgliedern der Kriegervereine Berlins und der Umgegend Allergnädigst zu gestatten, durch und ihrer Freude über die glückliche Genesung und Heimkehr ihres ihreren Landvolkes Ausdruck zu geben. Aus den Reihen Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät Heres in die bürgerlichen Verhältnisse zurückgetreten, betrachten es die ehemaligen Soldaten als höchste Ehre, ihrem rühmreichen obersten Feldherrn besonders eng verbunden zu bleiben, da sie gewürdigt waren, mit Eurer Maj. gemeinsam das Ehrenkleid des Kriegers tragen und fürs Vaterland streiten zu dürfen. Wir sind uns aber auch wohlbewußt, daß hohe Ehre hohe Pflichten in sich tragen und diese Pflichten zu erfüllen, Majestät, ist unser ernstliches Bestreben. Mit tiefem Schmerze haben wir erleben müssen, daß die Verbreitung verabschwendlicher Irrlehren, die Mißachtung der Religion und das Ueberhandnehmen der Selbstsucht bis zur Antastung der heiligen Person des Kaisers, und zur Erschütterung der Achtung vor Allem, was dem Menschen heilig sein soll, geführt hat. In Bekämpfung dieser verderblichen Schäden erkennen wir unsere Pflicht gegen Eure Majestät und das Vaterland, und durch mannhafte Beispiel wollen wir zur Wiederherstellung wahrer Gottesfurcht, zur Befestigung der Ehrfurcht vor dem Staatsoberhaupt und seinem erlauchtem Hause, der Achtung vor Gesetz, Ordnung und Sitte mitbeizutragen. Wir werden dies um so freudiger thun, als, wie auf dem Schlachtfelde, so auch hierbei, wir unseren obern gestellten Kriegsherrn wieder vorangehen werden. Möge Eurer Majestät Huld und Gnade die deutsche Kampfgenossenschaft auch ferner beglücken. Wir aber geloben, dem Wahlsprüche aller deutschen Kriegervereine bis an's Ende nachzuleben: „In Treue fest.“ Das wolle Gott!

Hierauf erwiderte Sr. Majestät der Kaiser: „Ich danke Ihnen für die Worte, welche Sie niedergelegt haben. Mit den Gesinnungen, die Sie mir gegenüber zum Ausdruck gebracht haben, bin ich vollständig einverstanden; das sagen Sie auch den Uebrigen, die Sie hier vertreten. Wir dürfen uns durchaus nicht in Sicherheit wiegen. Sie haben Alle schon verschiedentlich Ihre Treue bewiesen und ich rechne darauf, daß Sie auch dann, wenn es nöthig werden sollte — denken Sie an 48 und

49 — bereit sein werden, den Thron und das Vaterland zu verteidigen. Hoffen wir, daß die Gott nicht über uns schide. Ihre Aufgabe wird es sein, Ihre Kinder zu wahrer Religiosität zu ziehen, damit solche Dinge nicht wieder vorkommen und das heranwachsende Geschlecht aus wahren Streikern für Thron und Vaterland bestehe. In diesem Sinne bitte ich in Zukunft weiter zu arbeiten; dann werden wir bessere Zeiten herankommen sehen.“

Demnach ließ sich der Kaiser die einzelnen Mitglieder der Deputation vorstellen und unterhielt sich mit Jedem in huldvollster Weise, wobei die Gedächtnistheorie des Kaisers das Erstaunen Aller erregte, da selbst scheinbar unbedeutende Vorgänge aus den letzten Kriegen seiner Erinnerung nicht entgangen waren.

Zum Schluß sagte der Kaiser: „Ich danke Ihnen nochmals. So lange es mir noch vergönnt sein wird, werde ich mit reger Theilnahme Ihren Besprechungen folgen. Zur Zeit gehen ja dieselben, deren ich meine volle Aufmerksamkeit zuwenden, dahin, eine Einigkeit aller deutschen Kriegervereine anzubahnen und ich hoffe, daß es gelingen möge, diese innere Einigung herzustellen, aus der voraussichtlich etwas Gutes ersprießen wird. Ich habe mich sehr gefreut, Sie hier zu sehen. Adieu.“

Hierauf verließ der Kaiser mit freundlichen Grüßen die Halle. Tief bewegt von dem herzlichsten Empfang und hochgefreut über das frische und lebhafte Aussehen des Kaisers schied die Deputation aus dem Palaste.

Zu den Motiven zum Gesetzentwurf betreffend die Strafgewalt des Reichstages heißt es:

„Diese über die Ordnung in den Verhandlungen des Reichstages vorhandenen Bestimmungen erscheinen, wenn sie auch vielleicht ausreichen, um die Ordnung im Hause nothdürftig aufrecht zu halten, unzulänglich, um den schädlichen, ja unter Umständen gefährlichen Wirkungen von Ausschreitungen in den Aeußerungen und Reden von Abgeordneten außerhalb der Wände des Sitzungssaales vorzubeugen. Denn die Offenheit der Verhandlungen, die verfassungsmäßig verbürgte Freiheit der Redner (Art. 30) und der über ihre Reden verbreiteten Berichte von jedweder Verantwortlichkeit läßt auch solche Aeußerungen und Reden Abgeordneter Verbreitung in den weitesten Schichten der Nation finden, welche, wenn sie eben nicht unter dem Schutze der Unverantwortlichkeit der Rednertribüne gesprochen und unter der gleichen Unverantwortlichkeit der Presse verbreitet wären, die Redner und die Presse der staatsgerichtlichen Verfolgung nach den Vorschriften des gemeinen Rechts aussetzen würden. Daß ein solcher Rechtszustand beirrend auf das Rechtsbewußtsein im Volke einwirkt, ist eine nicht wegzuleugnende Erfahrung, und der hierin liegende Mißstand tritt in immer fühlbarer Weise seit der Zeit hervor, seitdem die Wahlen einzelne Abgeordnete in den Reichstag geführt haben, welche sich für berechtigt erachten, die ihnen verfassungsmäßig zustehende Freiheit des Wortes zur Entwerdung von Theorien über den Staat und die bürgerliche Gesellschaft zu gebrauchen, welche den Bestand beider zu erschüttern geeignet sind.“

Es darf daran erinnert werden, daß beispielsweise von der Rednertribüne des Reichstages die Pariser Kommune und ihre Thaten gerechtfertigt, ja gepriesen worden sind, daß mehrfach der Reichstag wie die Regierungen geschmäht, ja, daß selbst zu Gewaltthatigkeiten von der Tribüne provoziert worden ist. Die Maßregeln, welche auf Grund der Geschäftsordnung die Präsidenten gegen dergleichen Ausschreitungen eintreten lassen konnten, mochten genügend sein, um als eine Abmilderung der im Hause gestörten Ordnung angesehen zu werden, sie sind aber keineswegs ausreichend, um als eine Sühne des durch jene Ausschreitungen beleidigten Rechtsbewußtseins im Volke, wozu diese Ausschreitungen dringen, gelten zu können. Deshalb wird sich die Gesetzgebung nicht länger der Aufgabe entziehen dürfen, auf eine Ergänzung des bestehenden Rechts nach der Richtung hin Bedacht zu nehmen, daß Ausschreitungen von Abgeordneten in ihren Reden und Aeußerungen einer schärferen Repressalia unterworfen werden. Wenn die Gesetzgebung dabei an den Grundsätzen, aus welchen die Bestimmungen der Reichsverfassung über den Schutze der Abgeordneten in der freien und unabhängigen Ausübung ihres Berufs, insbesondere der Art. 30

der selben, hervorgegangen sind, festhalten will, so wird sie eine Abhilfe nur in einer dem Reichstag selbst über seine Mitglieder einzuräumenden Strafgewalt suchen können.

Hierbei wird es sich indessen nicht um Schaffung einer förmlichen Strafgerichtsbarkeit in dem Sinne handeln, daß der Reichstag in den Fällen des Art. 30 der Reichsverfassung die allgemeinen Strafgesetze an Stelle der ordentlichen Gerichte anzuwenden hätte. Denn zu einem Organ der Rechtsprechung eignet sich weder der Reichstag selbst noch ein aus seiner Mitte gebildetes Gericht."

Die Motive bezeichnen die Unzulänglichkeit der jetzigen Zustände dadurch reformbedürftig, als jetzt die größten Ausschreitungen im Hause ungeahndet bleiben und durch die Presse verbreitet werden dürfen. Dann heißt es:

"Eine Ausgleitung dieses das Rechtsbewußtsein verletzenden Rechtszustandes will der Gesetzentwurf durch Einführung einer mit kräftigen Rückmitteln ausgestatteten Disziplinarstrafgewalt des Reichstags selbst herbeiführen. Dabei darf freilich nicht verkannt werden, daß diese Ausgleitung, wo eine schwerere Rechtsverletzung in Frage steht, noch keineswegs zureichend erscheint, die volle Sühne dieser Verletzung nur in dem Eintritte der strafrechtlichen Abhandlung durch den Richter gefunden werden kann. Ferner müssen auch dieselben Fälle ins Auge gefaßt werden, in welchen die Ausübung der Disziplinarstrafgewalt dadurch gegenstandslos werden könnte, daß das Mitglied, welches die Ausschreitung im Reichstag begangen, aufhört Mitglied desselben zu sein. Der Entwurf hat deshalb sich nicht damit begnügen dürfen, eine Disziplinarstrafgewalt des Reichstags für seine Mitglieder zu konstituieren, so lange sie dies sind, sondern er hat auch für den Fall Vorkehrung treffen müssen, daß sie ausgetreten haben, Mitglieder des Reichstags zu sein, sowie für den ferneren Fall, daß der Reichstag dafür erachtet, daß durch die Handlungswiese des Betreffenden über die disziplinarische Abhandlung hinaus noch eine Strafnach gemeinem Strafrecht verurteilt worden sei."

Den Motiven angefügt sind, wie bereits im gestrigen Abendblatt kurz gemeldet wurde, die bezüglichen Bestimmungen der Verfassungsurkunden und der Geschäftsordnungen in Preußen, Bayern, Sachsen, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Rudolstadt und Waldeck, die parlamentarische Übung in England, den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich. Ferner schließen sich daran Aeusserungen der Staatsrechtslehrer Hermann, Mohl, von Rönne, Schulze, Bluntschli und von Bar, Bestimmungen der Geschäftsordnung von Frankreich und Estland und endlich ein Hinweis auf den Fall Blimsoll und die Verhandlungen über die Ermordung des Carl of Leirum in der Sitzung des Unterhauses vom 12. April 1878.

Als vorläufige Grundlage für die Diskussion der Budgetkommission über die allgemeine Finanzlage innerhalb der nationalliberalen Fraktion sind umfassende Anträge ausgearbeitet worden. Dieselben sind von den Abg. Richter und v. Benda ausgegangen. Der wichtigste Punkt, der sich in beiden Anträgen findet, ist die Forderung der Quotifizierung der Klassen- und Einkommensteuer. Der Antrag von Benda will außerdem eine anderweitige Regelung des Einschätzungsverfahrens, um eine gleichmäßige und gerechte Veranlagung zu diesen Steuern herbeizuführen. Um einer unwirtschaftlichen Verwendung der etwaigen Ueberschüsse zu begegnen, nimmt der Antrag Richter die Ueberweisung eines entsprechenden Theiles der Grund- und Gebäudesteuer in Aussicht, der Antrag v. Benda fordert die Einwirkung der Staatsregierung dahin, daß das Reich die Vermehrung des indirekten Steuern nicht über den Umfang des wirklichen für das Reich und die Einzelstaaten nachzuweisenden Bedürfnisses steigern werde. Ein zweiter Punkt bezieht sich auf die Herbeiführung einer größeren Sparsamkeit in der Staatsverwaltung. Die Richter'schen Anträge weisen insbesondere auf Einschränkung weiterer Staatsbahnbauten hin, soweit es sich um Vollbahnen handelt, und auf Sparsamkeit beim Betriebe. Beide Antragsteller vereinigen sich ferner in der Forderung, auch bei den ordentlichen Staatsausgaben durch Vereinfachung der Verwaltungen, Beringerung der Beamten und des Schreibwesens, Unterlassung von Luxusbauten und Dienstwohnungen Sparsamkeit anzustreben. Die Anträge haben zunächst einzig den Charakter von vorbereitendem Material; die Fraktion wird sich sobald mit deren Beratung beschäftigen.

Provinzielles.

Stettin, 10. Januar. An dem Portale des neuen Rathhauses am Viktoriaplatz sind jetzt die aus dem Atelier des Bildhauers Emil Steiner in Berlin hervorgegangenen, die Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Schifffahrt darstellenden vier Figuren angebracht worden.

In einzelnen Provinzen haben die Lehrer höherer Schulen sich bereits zusammengethan, um in einer Kollektiv-Petition dem Kultusminister das Ersuchen zu unterbreiten, in ähnlicher Weise ihre Rangverhältnisse zu regeln, wie das neuerlich in Bezug auf die Oberförster geschehen ist. Bei den staatlichen Anstalten hat die Frage eine recht praktische Bedeutung, da die Höhe der Wohnungsgeldzuschüsse, der Umzugskosten u. s. w. davon abhängig ist.

Die Einleitung von Disziplinar-Untersuchungen gegen Lehrer hat, soweit damit zugleich die Suspension vom Amte verbunden war, nach einem Ukularerlass des Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten vom 12. November v. J., wiederholt den Gemeinden Anlaß zu der Klage gegeben, daß während der Dauer der Suspension gar nicht oder in ganz ungenügender Weise für den Unter-

richt der Kinder gesorgt werde. Da die Durchführung der Disziplinar-Untersuchungen erährungs-mäßig in der Regel eine längere Zeit in Anspruch nimmt, die Gemeinden aber durch die Verflüchtigung des Lehrers während der Suspension das hohe Gehalt zu gewähren, ohnehin schwer betroffen werden, so hat der Minister die Regierungen in den oben-erwähnten Erlassen angewiesen, sogleich bei der Einleitung von Disziplinar-Untersuchungen gegen Lehrer für eine gehörige Stellvertretung in Schul-dienste Sorge zu tragen.

Der sogen. „Wechselkreuz“ welche bei unsoliden Kaufleuten einen wichtigen Be-helf bildet, um sich noch möglichst lang über Wasser zu halten, wird durch eine jüngst vom Obertribunal gefällte Entscheidung ein Damm entgegenge-setzt. Gibt Jemand an Zahlungseinstellung einen Wechsel hin mit dem Akzept einer zahlungsunfähigen oder nicht wechselfähigen Person mit dem Bewußtsein, daß vor-ausschließlich weder der Akzeptant noch er selbst zur Verfallzeit den Wechsel einlösen können, so macht er sich des strafbaren Betruges schuldig.

Dem Justizrath, Rechtsanwält und Notar Wagener zu Straßburg ist der rote Adororden 4. Klasse verliehen.

Der Konkurs über das Vermögen des Damenschneidermeisters Aug. Mander her selbst ist durch rechtskräftig bestätigten Aktord beendet.

Die heutige Sitzung des Schwurgerichtshofes wurde von dem Präsidenten, Herrn Appellationsgerichtsrath Rintelen, mit der Mittheilung eröffnet, daß die für heute mit angelegte Verhandlung gegen den Agenten Schulwitz wegen wissentlichen Meineides ausgesetzt werden mußte, da der Angeklagte nicht ermittelt werden konnte, daß ferner die Schwurgerichtsperiode bis zum 16. i. M. ausgedehnt werden mußte. Darauf begann die Verhandlung gegen den Kaufmann und Lederhändler Max Elias von hier. Der Angeklagte, über dessen Vermögen laut Beschluß des k. k. Kreis-gerichts vom 14. Oktober v. J. der Konkurs er-öffnet, wurde im Jahre 1878 mehrfach in Wechsel-prozessen verurtheilt, und da er seinen Verpflich-tungen nicht nachkommen konnte, führte er in drei verschiedenen Fällen Fälschungen aus, um dadurch Frist zu gewinnen. So war er im Februar von einer Breslauer Firma wegen M. 345,20 verurtheilt; da er Zahlung nicht leisten konnte, wurde Mobil-iar-Erektion verfügt und mit der Vollstreckung derselben der Exekutor Fall beauftragt. Als dieser am 20. Februar bei Elias erschien, zeigte letzterer zwei Einlieferungscheine von Postanweisungen vor, nach welchen an denselben Tage dasselbe Geld an die Breslauer Firma abgeschickt worden sei. Der Ex-ekutor erkannte die Scheine für echt an und stand von der Exekution ab. Bald stellte sich heraus, daß die Scheine in der Art gefälscht waren, daß nur geringe Beträge bei der Post eingezahlt waren und dieselben dann durch Eintragung der Worte „zwei-hundert“ resp. „einhundert“ auf die auf den Schei-nen angegebene Höhe gebracht seien. Ein gleiches Manöver wurde am 25. Februar dem Kreisgerichts-Sekretär Kölpin gegenüber ausgeführt, welcher be-auftragt war, wegen einer von einer Straßburger Firma eingeklagten Wechselforderung von M. 519,12 die Auktion der Mobilien des Elias zu bewirken; auch in diesem Falle stellte sich die Fälschung bald heraus und lenkte sich der Verdacht auf Elias. Derselbe leugnete bei den ersten Vernehmungen, die Fälschungen selbst vorgenommen zu haben, er erkannte vielmehr ein vollständiges Lügengewebe und bestrich-tigte seinen ganz unbescholtenen Lehrling, die Fäl-schungen ausgeführt zu haben. Als sich diese An-schuldigung als unwahr erwies, gestand er ein, die Fälschung selbst ausgeführt zu haben. Im Sep-tember war der Exkutor Rindfleisch wiederum mit einer Mobiliar-Erektion beauftragt, führte dieselbe aber nicht aus, da durch die Berliner Firma, welche den betr. Prozeß gegen Elias angestrengt hatte, bei Rindfleisch ein Telegramm einging, nach welchem Elias seinen Gläubiger befriedigt hätte. Auch hier ist das Telegramm von Elias selbst aufgegeben, was von demselben auch eingestanden wurde. Da der Angeklagte auch heute sein unaufrichtiges Geständnis wiederholt, bleibt die Mitwirkung der Herren Ge-schworenen ausgeschlossen, und Elias wird unter Bewilligung mildernder Umstände zu 1 Jahr Ge-fängnis, worauf 3 Monate Untersuchungshaft an-gerechnet werden, verurtheilt.

Prerow, 7. Januar. Dem hiesigen Schiffskapitän August Lemke, seiner Zeit Führer der deutschen Bar „Hoffnung“, ist von Sr. Majestät dem deutschen Kaiser die Annahme und Anlegung der ihm von Sr. Majestät dem Könige von Portu-gal in Anerkennung seiner Dienste bei Rettung der Besatzung des portugiesischen Luggers „Mentor II.“ verliehenen silbernen Verdienstmedaille am Bande gestattet worden.

Grimmen, 8. Januar. (Str. J.) Der am 17. April 1877 gegründete ornithologische Verein hierselbst beschäftigt am 1. und 2. Februar v. J. im Saale des Hotelbesizers Denpin eine Geflügel-Ausstellung abzuhalten. Selbstredend kann der Verein mit Rücksicht auf seine noch ungenügende Mit-gliederzahl und die verhältnismäßig kurze Zeit seines Bestehens an Ausstellungen, wie solche von den Vereinen in unseren Nachbarstädten stattgefunden haben, nicht herantreten, und deshalb wird auch nur eine Ausstellung Seitens der Mitglieder unter sich geplant, wobei allerdings hiesigen Liebhabern und Züchtern, welche Nichtmitglieder sind, ebenfalls ver-stattet sein soll, die Ausstellung zu besuchen. Die Ausstellung hat den Zweck, ein Bild von den ge-genwärtigen Leistungen des Vereins zu geben und dadurch zur größeren Beachtung der Geflügelzucht anzuregen. Zur Ausstellung sollen Geflügel aller Art und sonstige auf Geflügelzucht- und Pflege be-

zühlige Gegenstände zugelassen werden, und ver-spricht dieselbe eine nicht uninteressante zu werden. Hierbei mag nicht unerwähnt bleiben, daß es der Verein seit seinem ca. 1 1/2-jährigen Bestehen ersten-lischer Weise bereits auf eine Mitgliederzahl von einigen 30 Personen gebracht hat, ein Beweis, daß auch in hiesiger Stadt ein Interesse an der Vereede-lung unseres heimischen Geflügels obwaltet.

Vermischtes.

Unserer Kriminalbehörde, ganz besonders der Thätigkeit des Kriminal-Kommissars Wollschin, ist die Entdeckung des Diebes gelungen, der vor ca. 8 Wochen den frechen Einbruch durch die Decke des Ladens beim Hofjuwelier Otto Friße (früher Friße u. Finger), Schloßplatz 4, verübte. Der Dieb war kein gewöhnlicher Einbrecher, es war der Hoflieferant Otto Friße selbst, der auch bereits Donnerstag Mittag 1 Uhr inhaftiert wurde. Schon bei Verübung des Diebstahls selbst hatte die Kriminalbehörde den Verdacht auf Herrn Friße selbst gefaßt. Derselbe benahm sich durchaus nicht wie Jemand, dem ein so kolossales Vermögen von 75.000 Mark geraubt sei und äußerte auch als-bald beim Bekanntwerden des Diebstahls, davon wird wohl schließlich etwas wieder zum Vorschein kommen, diese Goldsachen sind wahrscheinlich längst über die Grenze geschafft. Auffallend war es der Behörde, daß, trotzdem ein bedeutendes Loch der Decke durchschlagen war, demnach viel Rall, Schutt, Holz u. s. w. in den Laden gefallen sein mußte, auch nicht eine Scheibe des dicht unter diesem Loch stehenden Ladentisches zerbrochen war, nicht ein Stückchen der Stuckatur der Regale an der Wand, die dicht an das Loch grenzten, beschädigt, kein Schloß verlegt war und die Diebe alle kostbaren Eitelie-gen gelassen hatten und deren Inhalt also wie altes Gerüm-pel zusammengeworfen. Trotzdem konnte die Behörde, obgleich man erfuhr, daß die pekuniären Verhält-nisse Friße's sehr verwickelter Natur sind, gegen den-selben, der bisher unbescholten dastand, nichts un-ternehmen, als ihn beobachten. Als die Krimi-nalbeamten Berlin durchaus nicht herausfinden konnten, wie die Diebe wiederum durch die Decke sich entfernt haben sollten, da dies vermittelst des im Laden stehenden Stuhles nicht möglich war, fand Herr Friße Tage darauf, trotzdem der Laden auf das Eifrigste durchsucht war, plötzlich die Spröde einer nagelneuen Strickleiter, dies verdächtige den-selben noch mehr. Doch die Behörde mochte an das Verbrechen eines Mannes von so hochachtbarem Herkommen immer noch nicht glauben, setzt: Ver-schiedene fest, die sich Herr Friße auch Alle vorfüh-ren ließ, um auszuweisen, ob er Dieben oder Jenen vielleicht in seinem Laden kurz vor dem Diebstahl u. s. w. gesehen; ja Herr Friße selbst sprach Ver-dachtsmomente gegen Unschuldige aus u. s. w. Dieser Tage langten nun hier zwei Russen oder Ungarn an, die auffallend viel mit Friße verkehrten und in Differenzen mit ihm gerathen sind. Diesen hatte Friße, ebenfalls um seine Gläubiger zu beruhigen-ligen und sich ein verlorenes Vermögen wiederzu-schaffen, die angeblich geköhlten Goldsachen für 45.000 Mark lombardirt. Die Fremden räumten diesen Thatbestand der Behörde ein, Friße wurde geholt, leugnete, doch als ihm die Geldbarleiher ge-genübergestellt wurden, mußte er sein Leugnungsge-sissem aufgeben. Nachdem er die Waaren lombardirt hatte und seine Geldbarleiher über die Menge glaubte, verübte er alsdann den bekannten fingir-ten Einbruch gegen sich selbst und mit einer Dieb-stuflität, die einem alten Einbrecher alle Ehre ge-macht hätte.

Aus Pest wird berichtet: Ein trauriges Ereignis, der Selbstmord des hiesigen hochangese-henen Parfümeriewaaren-Fabrikanten Mojsch, welcher sich, aus bisher noch unbekannten Motiven, auf einer Geschäftsreise in einem Hotel vergiftete, hat mittelbar den Stoff zu einem Geschichtchen geliefert, das in würdiger Weise die chronique amusan-te des Jahres 1879 eröffnet. Herr Mojsch, als vor-sichtiger Kaufmann, hatte nämlich sein Leben mit 30.000 Francs in Gold bei einer englischen Ge-sellschaft versichert, welche statutarisch, auch im Falle Selbstmordes des Versicherten, den Hinterbliebenen die volle Versicherungssumme auszahlt und wurde auch der Familie des Selbstmörders jene Summe sofort nach Konstatierung des Todesfalles zur Ver-fügung gestellt. Aber nicht nur jene englische Ge-sellschaft, sondern auch einige hiesige Lebensversiche-rungs-Institute haben — der Konkurrenz halber — einen ähnlichen Paktus betreffs der Selbstmörder, wie er in den Bestimmungen der englischen Gesell-schaft enthalten, in ihre Statuten aufgenommen. Am Tage nun, an welchem es public geworden war, daß die Familie Mojsch die 30.000 Francs an-Randlos erhalten habe, ließ sich bei dem Direktor einer Pest-Vericherungs-Anstalt ein Frem-der melden. „Sie wünschen, mein Herr?“ Der Angesprochene präsentierte dem Direktor eine Police. — „Die Sie sehen, ist mein Leben bei Ihrem Institute mit 10.000 Gulden versichert. Ich habe sechs Jahre hindurch regelmäßig die Prämien ein-gezahlt, Sie sind also verpflichtet, wenn mir heute ein Unglück passirte, zum Beispiel: ich zufällig einige Gran Styrchnin zu mir nähme, meiner Frau die vollen 10.000 Gulden zu entrichten.“ — „Sie können ganz ohne Sorge sein, der Ruf unseres In-stituts . . .“ — „Ich kenne ihn, und gerade des-wegen bin ich hier. Meine Verhältnisse sind gän-zlich derangiert, mein Geschäft ist bankrott, die Gläubiger drängen mich zum Konkurse, und ich weiß nicht mehr, wovon ich leben soll. Ich habe daher den unerschütterlichen Entschluß gefaßt, mich zu — erschießen. Vorher will ich aber die Existenz meiner Frau wenigstens einigermaßen abgesichert wissen. Ihr Institut bietet mir diese Sicherheit nur in sehr beschränktem Maße, und ich mache Ih-

nen daher folgende Proposition: entweder Sie ge-ben mir sofort für meine Police 5000 Gulden auf die Hand, oder ich erschieße mich hier vor Ihren Augen und Sie haben dann 10.000 an meine Frau zu zahlen.“ Und zur Bekräftigung seiner Worte zog der Fremde einen Revolver aus der Tasche und legte ihn gelassen vor sich auf den Tisch. Dem Versicherungs-Direktor wurde angst und bange bei dieser Manipulation und er suchte durch gütlichen Zuspruch den Todes-Kandidaten von seinem entsehligen Entschlusse abzubringen. Der aber blieb taub gegen alles Zureden. „Nun, was denken Sie zu thun, wollen Sie Ihrer Frau 5000 Gulden ersparen oder nicht? In meinem Vorhaben wird mich Ihre Entscheidung, wie Sie auch ausfallen möge, keineswegs behindern.“ Der Herr Direktor sann nach. — „Nun denn, so sei es,“ machte er nach einigen Sekunden seinem Herzen Lust, „wenn Sie durchaus wollen! Aber bedenken Sie meine Verlegenheit, wenn es in die Deffent-lichkeit dränge, unser ganzes Renommée . . .“ „Besser haben Sie keine Skrupel? Dann beruhigen Sie sich, von mir wird Niemand etwas erfahren, ich werde unser Geheimniß mit ins Grab nehmen.“ — Der unheimliche Besuch erhielt hierauf seine 5000 Fl. ausbezahlt und entfernte sich, der Direk-tor aber rief sich, vergnügt über den guten Handel, denn er hatte — von dem ernsthaften Vorsatze des „Unglücklichen“ überzeugt — das Geschäft nicht für Rechnung des Instituts, sondern fündiger Weise für seine eigene abgeschlossen. Selbstverständlich denkt sein Geschäftsfreund nicht daran, sich umzubringen und wird der Direktor nun, will er die entrichteten 5000 Fl. nicht ganz verloren geben, die Police bis an das Lebensende des Ersteren einzah-len müssen.

(Wie man Fische fängt.) Aus Lofr schreibt der dortige „Anzeiger“: „Der auch in weite-ren Kreisen als gewaltiger Nimrod bekannte För-ster Möller dahier, welcher sich seines vorgerückten Alters wegen nur noch mit Fang des Raubjerges beschäftigt und durch seine außerordentliche Gewandt-heit die hiesige Stadt schon von einer städtischen Schaar Marder, Iltis u. dgl. befreit hat; fing im Garten des R. Hofmeisters Herrn Renner mit blo-ßen Händen einen starken Fuchs, was wohl noch selten einem Jäger gelungen sein mag. Während er nämlich einem Marder nachspürte, sprang plötz-lich ein Fuchs vorüber; ärgert, daß er keine Finte bei sich hatte, spürte er weiter, als er kurz darauf wieder eine frische Fuchspforte sah; er führte nach und gewahrte den Fuchs, der eiligt durch ein Loch in der alten Stadtmauer zu entkommen suchte. Herr Möller erwachte ihn noch an der Mauer und ge-lang es ihm im Momente, wo der Fuchs heftig zu-bissen wollte, denselben an die Mauer zu schlagen, so daß er betäubt war, worauf er ihn vollends tödtete.“

Telegraphische Depeschen.

Posen, 9. Januar. Die vorläufige Schließung des polnischen Volksbildungsvereins ist durch Be-schluß des hiesigen Kreisgerichts aufrecht erhalten worden. Gegen den Vorstand des Vereins ist we-gen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zum 22. d. M. Audienstermin anberaumt.

Wien, 9. Januar. Der „Pester Kor.“ in-folge sind die Verhandlungen betreffs der ungar-ischen Kredit-Operation soweit vorgeschritten, daß deren Abschluß schon morgen Vormittag erfolgen dürfte.

Wien, 9. Januar. Die „Pol. Korresp.“ meldet:

Aus Konstantinopel: Der Instruktion, welche man den nach Albanien entsendeten türkischen Kom-missären mitzugeben, ist theilweise ein Vorschlag Da-nisch Effendis im Grunde gelegt worden, der dar-auf abzielt, einem event. Zusammenstoße zwischen dem türkischen Militär und den Albanesen vorzu-brugen. Derselben Vorschlag gemäß sollten nach vorausgegangener Verständigung mit den Montene-grinern successive Badjalat und Spuz, dann Deli und Malibudo, zuletzt Podgorica in der Weise ge-räumt werden, daß das gesammte türkische Militär, sowie die türkischen Beamten sich zurückzögen und es den nachfolgenden Montenegrinern überließen, un-verweilt die geräumten Positionen zu besetzen. Das tür-kische Kriegsmaterial würde gegen nachträgliche In-venturierung den Montenegrinern provisorisch überlassen werden.

Brüssel, 9. Januar. Die „Independence“ meldet aus Paris, der Ministerrath sei heute im Elysee zu einer Berathung versammelt gewesen und habe sich über ein vollständiges Programm geeinigt, welches den Kammern bei ihrem Wiederzusammen-tritt vorgelegt werden soll. Unter Anderem sei da-rüber ein Einverständnis erzielt, daß der Pri-mär-Unterricht obligatorisch sein solle und daß die Gesetze über die öffentlichen Unterrichts-Mittel wiederhergestellt werden sollten, endlich habe man sich auch über eine Amnestie, über die Zoll-Zerise, über die Gesetze betreffs der Gendarmerie im Prinzip geeinigt.

Paris, 9. Januar. Die Note der französi-schen Regierung an die tunesische Regierung in Be-zug auf den durch den Zwischenfall mit dem Grafen Sancy hervorgerufenen Differenzen ist am 6. d. Mts. überreicht worden. Die in der Note für die Antwort gewährte Frist von 48 Stunden läuft heute ab. Obgleich eine offizielle Erledi-gung der Frage noch nicht erzielt worden ist, so glaubt man doch, daß die verlangte Genüg-thung von der tunesischen Regierung bewilligt wer-den wird.

London, 9. Januar. Lord Beaconsfield ist gänzlich wiederhergestellt und hat seine amtliche Thä-tigkeit heute wieder aufgenommen.